

Dieser Kanzler wächst – an Fehlern, Enttäuschungen und dem Ernst der Lage



Von **Thomas Schmid**
Autor

Stand: 01.11.2025 | Lesedauer: 7 Minuten



Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU)

Quelle: picture alliance/dpa/Michael Kappeler

Friedrich Merz hat mehr Gegner als jeder Kanzler vor ihm – und auf seine Hauruck-Rhetorik folgen oft nur Trippelschritte. Doch man sollte ihn nicht unterschätzen. Wenn er eines lernt, kann er der Richtige sein, um die Deutschen in schweren Zeiten zu führen.

Kein Bundeskanzler hat in seinen ersten Monaten im Amt so viele Menschen, Milieus und Parteien gegen sich aufgebracht wie Friedrich Merz. Er wird als Lügner, Scheinriese, Verräter, Feigling, Rassist oder, umgekehrt, als rot-grün eingetöntes Weichei gescholten.

Schon einige Bundeskanzler vor ihm hatten es anfangs schwer. Der Gegenwind kam damals immer nur von der Opposition. Willy Brandt hatte sich einer wütenden Union zu erwehren, Helmut Kohl einer wütenden SPD. Merz hat alle gegen sich: nicht nur Linke, Grüne und AfD, sondern auch Teile des eigenen Milieus. Bis weit in CDU und CSU hinein vermisst man die kantige Politik, die Merz so oft in Aussicht gestellt hat.

Man sollte deswegen aber nicht gleich den Stab über ihn brechen. Denn man kann Friedrich Merz, der derzeit gerne als Betrüger oder Versager gelesen wird, auch anders deuten. Wer einmal das undankbare Vergnügen hatte, mit Angela Merkel ein Interview zu führen oder eine ihrer Reden auf aussagekräftige Sätze zu durchforsten, war nicht zu beneiden. Die zähe, immergleiche Gummisprache, derer sie sich konsequent bediente, war zum Verzweifeln.

Vergleicht man Friedrich Merz' Redeweise mit der Merkels und auch der ihres Nachfolgers Olaf Scholz, kann man nur aufatmen. Nach 20 Jahren regierungsamtlicher Eintönigkeit sind aus dem Mund eines deutschen Regierungschefs endlich wieder klare Sätze zu hören, die sich nicht im Nebel des Ununterscheidbaren verlieren. Friedrich Merz ist erkennbar bemüht, zu senden, sich zu erklären und Aussagen zu machen, die nicht aus einem Automaten kommen. Das allein macht aber noch keinen guten Bundeskanzler aus.

Merz trägt beträchtliche Altlasten mit sich herum. Sie haben alle eines gemeinsam: Er hat zu viel versprochen. Er hat mit großen Worten die Illusion genährt, ein unerschütterlicher Wille könne schnell viel verändern. Das misslang ihm. Aber nicht aus Dummheit, Gewissenlosigkeit oder Bosheit. Sondern weil es nicht möglich war.

Die Schuldenbremse ist im Interesse zukünftiger Generationen ein wahrhaft edles Ziel – angesichts der heutigen multiplen Problemlagen jedoch nicht mehr realistisch. Auch ist die Wirtschaft kein Ottomotor, den man mit ein paar ordoliberalen Reparaturen „ankurbeln“ könnte. Wie auch das Problem der Migration mitsamt seinen vielfältigen gesellschaftlichen und kulturellen Folgen viel zu unhandlich ist, um schnell und umgehend „gelöst“ werden zu können.

Im Gegensatz zu seinen Vorgängern hat Merz zwar zu Recht die überheblich angemäße Allkompetenz der EU nicht nur [bei der Migration \(https://www.welt.de/politik/deutschland/plus68c98b93677ecd71371047df/asylpolitik-der-regierung-die-migrationswende-der-regierung-merz-und-die-realitaet.html\)](https://www.welt.de/politik/deutschland/plus68c98b93677ecd71371047df/asylpolitik-der-regierung-die-migrationswende-der-regierung-merz-und-die-realitaet.html) infrage gestellt. Er hat aber unterschätzt, welche Mammutaufgabe es sein wird, das Regelwerk der EU subsidiär und im Interesse des gesunden Menschenverstands zurückzuschneiden.

So kommt es, dass seine groß angekündigten Schritte oft wie Trippelschritte anmuten. Der Kanzler hat nicht rechtzeitig beherzigt, was Wolfgang Schäuble vor seinem Tod der Unionsfraktion ins Stammbuch schrieb: Das Regieren in einer neuen, unionsgeführten Regierung werde so schwer werden wie nie zuvor. Großspurige Versprechen sollten deshalb unterbleiben.

Dass Friedrich Merz sie doch machte, rührt daher, dass er gewissermaßen aus einer vergangenen Zeit in die Gegenwart hineinragt. Dies ist ein Manko, das Merz mit sich herumträgt. Er könnte daraus aber auch eine Stärke machen.

Ein Kind der alten Bundesrepublik

Ein Relikt aus absolutistischen Zeiten ist der Glaube, Politik könne die Kraft haben, die Gesellschaft radikal zu verändern, „umzukrempeln“. Mit dieser Geste sind noch Willy Brandt und Helmut Kohl angetreten. Und Merz, ganz Kind der alten Bundesrepublik, steht hierin fest in den Schuhen Kohls.

Aus seinen Reden als junger Abgeordneter, vor allem aber als Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion in den Jahren 2000 bis 2002 spricht noch diese kecke Hybris. Zudem gepaart mit der alt-christdemokratischen Überzeugung, eine von einem „Sozen“ (Kohl) geführte Regierung könne nur eine falsche Regierung sein.

In diesen Jahren als Oppositionsführer bevorzugte Merz die nicht selten überheblich wirkende Attacke und inszenierte sich als einer, der im Gegensatz zu Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) genau zu wissen schien, was der Republik fehlt und was ihr frommt. Etwa die strikte Vater-Mutter-Kind-Familie. Oder eine deutsche Leitkultur, die Merz mit richtigem Impuls, aber missverständlich forderte – vor allem, weil er sie anfangs nicht verfassungspatriotisch, sondern vage ethnisch begründete. Kurz, Merz stand – auch gegen Merkels Neuerungen – für die alte CDU, nach deren Kultur, Humor und Geruch sich nicht wenige zurücksehnten. Und sehnen.



Essen, 11. April 2000: Fraktionschef Merz auf dem CDU-Bundesparteitag

Quelle: picture-alliance/Berliner_Zeitung/Wächter Markus

Doch der Wertewandel, der die Deutschen seit Jahrzehnten auf Trab hält, ist auch an Merz nicht vorbeigegangen. Allem absurden und böartigen Bemühen zum Trotz, Merz als Rassisten hinzustellen, der „rechte Narrative“ bediene und am liebsten mit der AfD zusammengehen würde: Merz hat früher als andere erkannt, welche tödliche Gefahr von der AfD für die CDU, ihr Erbe, aber auch für das gesamte restliche politische und gesellschaftliche Spektrum ausgeht. Diese Einsicht hat ihn veranlasst, gelassener und offener als bisher auf die Konkurrenten SPD, Grüne und auch Linke zu blicken.

Mit der Parole vom „Durchregieren“ (Merkel) ist jetzt erst recht nichts Vernünftiges mehr zu bewirken. Gerade weil Merz kategorisch gegen ein Zusammengehen mit der AfD ist, musste er sich auf das schwierige Terrain einer Zusammenarbeit mit der SPD begeben. Er nimmt dafür in Kauf, dass die Sozialdemokraten – recht geübt im moralisch verbrämten Erpressen – teilweise mit Erfolg weiterhin ihre Steckenpferde reiten können.

Angela Merkel regierte, um über die Runden zu kommen. Merz dagegen will etwas. Das wurde schnell deutlich, als er sich – für manchen überraschend – auf internationalem Parkett klug und geschickt bewegte. Und das Mögliche tat, um das transatlantische Band nicht zerreißen zu lassen, Europa dabei breiter aufzustellen und insbesondere die östlichen EU-Staaten mehr als bisher einzubeziehen. Seine ersten Bemühungen, sich nationale Kompetenzen nicht durch die EU und ihr Gesetzeswerk verbieten zu lassen, haben nichts mit Renationalisierung zu tun. Sie sind vielmehr dringend nötig, damit die Politik nicht zur Magd des Rechts wird.

All dies hat die Öffentlichkeit mit einer gewissen anerkennenden Verwunderung festgestellt. Um daraus umgehend einen Tadel zu machen. Eine halbe Saison lang machte das Wort vom „Außenkanzler“ die Runde – womit auch gesagt sein sollte: Als „Innenkanzler“ versagt er, aus Desinteresse oder mangelndem Mut gegenüber dem Koalitionspartner.

Doch das ist längst nicht ausgemacht. Es sieht nicht so aus, als besäße Merz in der Frage der Migration keinen langen Atem und keine Beharrlichkeit. Gleiches gilt für das Bürgergeld (<https://www.welt.de/debatte/plus69009eb459e2e0975070e00a/buergergeld-so-sabotiert-die-spd-notwendige-sozialreformen.html>) und andere sozialpolitische Themen.

Einer populären Erwartung zufolge muss ein Kanzler von Beginn an wissen, was er will, und dies dann zügig verwirklichen. Das ist bei Merz offenkundig nicht der Fall. Er ist, wenn man so will, ein lernender Bundeskanzler, der das Publikum an seinem Lernprozess teilhaben lässt – auch daher die Anschaulichkeit, zuweilen auch Frische seiner Sprache. Vorschnelle Fehlritte („Stadtbild“ (<https://www.welt.de/politik/deutschland/article68f91b4b5cbbd0e0258351fd/nach-heftiger-kritik-jetzt-erklaert-der-kanzler-was-er-mit-stadtbild-gemeint-hat-umfrage-stuetzt-merz.html>)) einbegriffen.

Seit Putins Angriff auf die Ukraine und seit dem Beginn von Trumps zweiter Amtszeit bewegt sich die Politik auf neuem, unbekanntem Terrain. Dazu passt eine Politik, die zwar Grundüberzeugungen folgt, aber auch tastend, experimentell ist. Merz weckte mit seiner Hauruck-Rhetorik viele Erwartungen. Diese hat er zwar, zumindest vorübergehend, enttäuscht. Das ist seine offene Flanke. Wie kein Bundeskanzler vor ihm hat ihn das zu einem Lernprozess genötigt, hat er die Chance, die Enttäuschten, Zweifelnden und Resignierten auf seinem Weg gewissermaßen mitzunehmen.

In seiner ersten Regierungserklärung am 14. Mai dieses Jahres sagte Merz: „Der Staat, das sind wir alle. Jede Forderung an den Staat richtet sich also zugleich an jeden Einzelnen, auch an denjenigen, der eine solche Forderung erhebt.“ Man mag darüber streiten, ob wir alle Staat sind. Zweifellos stimmt es aber, dass jede Forderung auch auf den Fordernden zurückweist.

Merz musste immer wieder vom hohen Turm seiner Proklamationen heruntersteigen. Damit ähnelt er uns allen und besonders denen, die gerne schnelle Groß Erfolge sähen. Mit der Demut aber, die mit dem Herabsteigen einhergehen kann, wäre es vielleicht möglich, die Deutschen auf die unvermeidlichen Zumutungen der kommenden schweren Zeiten vorzubereiten. Und der Metapher vom Boot, in dem alle sitzen, Glaubhaftigkeit zu verleihen.

Die Sozialdemokraten hätten allen Grund, ihr regierungsinternes Opponieren zu beenden. Denn zusammen mit Grünen und Linken, den beiden Parteien, mit denen sie gewiss lieber regieren würden, sind sie seit 2009 von 45 Prozent auf 37 Prozent gesunken. Eine Trendumkehr ist nicht in Sicht. Denn es gibt keine irgendwie geartete rot-grüne Mehrheit mehr. Das hat mehr mit den klaffenden schwarzen Löchern roter und grüner Programmatik zu tun, als Britta Haßelmann (Grüne) und Matthias Miersch (SPD) ahnen.

Der stur-erfolglose „Kampf gegen rechts“ ist das Rückzugsgefecht eines Milieus, dem die Felle davongeschwommen sind. Und das hofft, durch die Skandalisierung von CDU und CSU die schon von Heine verspottete Hegemonie im deutschen Luftreich des Traums erneut erobern zu können. SPD und Grüne sollten akzeptieren, dass das „Tor zur Hölle“ (Rolf Mützenich) auch dann verschlossen bleiben kann, wenn sie weder direkt noch indirekt regieren.